

ben noch Verrechnungssteuern anfallen, und damit gehen erneut Arbeitsplätze in der Schweiz verloren.

Die Vorlage ist, wie gesagt, zwar gut gemeint, aber im Detail unbefriedigend, und deshalb lehnen wir das vorgeschlagene Gesetz ab.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Für die SP-Fraktion ist diese Vorlage unbedingt notwendig. Wir waren die treibende Kraft hinter der «Too big to fail»-Vorlage. Ich bin froh, dass alle Sabotierungsversuche und Verzögerungsmanöver von bürgerlicher Seite ins Leere gelaufen sind. Für die SP-Fraktion ist auch klar: Diese Vorlage ist erst ein erster Schritt, die Schweiz darf nie mehr in die Situation kommen, dass sie eine Grossbank retten muss, wie das bei der UBS der Fall war. Für die CS und die UBS braucht es mehr Eigenmittel, als hier vorgesehen sind. Wie gross die Risiken des Investmentbankings sind, haben wir spätestens mit dem aktuellen Spekulations- und Betrugsskandal bei der UBS in London gesehen. Das zeigt auch klar, dass das Investmentbanking bei den Grossbanken verboten werden muss. Zum Eigenhandel: Der Eigenhandel gehört auf das geschäftsnotwendige Minimum reduziert.

Und solange die Schweiz nicht eine konsequente Weissgeldstrategie umsetzt, solange noch Steuerhinterziehungsgelder bei den Banken liegen, so lange bleibt die Schweiz erpressbar – das zeigt der aktuelle Fall der CS in den USA, die offenbar – wie andere Banken auch – nichts gelernt hat. Das sind die Hausaufgaben, die in der nächsten Legislatur gemacht werden müssen. Wie gesagt, der Staat darf nicht länger erpressbar sein, und das können wir durchsetzen mit einem ersten Schritt, mit der «Too big to fail»-Vorlage, und weiter gehenden Schritten in der nächsten Legislatur.

Huber Gabi (RL, UR): Die FDP/die Liberalen haben im August 2010 nicht nur Massnahmen gegen die Verhinderung von «Too big to fail» gefordert, sondern auch eigene Vorschläge präsentiert. Den Bericht der Arbeitsgruppe Siegenthaler haben wir von Anfang an mit Überzeugung unterstützt. Die darin geforderten Massnahmen haben wir massgeblich mitgeholfen umzusetzen. Das Parlament tut mit dieser Vorlage einen grossen Schritt: Manager, Aktionäre und Bankengläubiger können nicht mehr mit einer Staatsgarantie rechnen und müssen in einer Krise damit rechnen, selber zu bluten.

Da offenbar nicht sein kann, was nicht sein darf, wiederhole ich es hier: Die FDP-Liberale Fraktion steht geschlossen und überzeugt hinter dieser Vorlage.

Bischof Pirmin (CEg, SO): Ich bitte Sie namens der CVP/EVP/glp-Fraktion, dieser vielleicht historischen Vorlage zuzustimmen. Dieses Parlament hat es geschafft, nach einer schwierigen Situation, in die uns eine grosse Schweizer Bank manövriert hat, eine griffige Gesetzgebung zu verabschieden. Wir sind das erste und bisher einzige Land der Welt, das seinen Grossbanken, von denen wir stark abhängig sind, wirksame Leitplanken setzt. Diese Gesetzgebung verdient unser aller Unterstützung. Wir hätten wenig Verständnis dafür, wenn sie im letzten Moment noch torpediert werden sollte. Unterstützen Sie die Vorlage!

Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Stärkung der Stabilität im Finanzsektor; too big to fail)
Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne (Renforcement de la stabilité dans le secteur financier; too big to fail)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.028/6499)

Für Annahme des Entwurfes ... 137 Stimmen

Dagegen ... 46 Stimmen

11.048

**Abfederung der Frankenstärke.
Voranschlag 2011, Nachtrag IIa**

**Atténuation de la force du franc.
Budget 2011, supplément IIa**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 31.08.11 (BBl 2011 6749)

Message du Conseil fédéral 31.08.11 (FF 2011 6217)

Ständerat/Conseil des Etats 14.09.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 15.09.11 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.09.11 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 21.09.11 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.11 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Nationalrat/Conseil national 28.09.11 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Ständerat/Conseil des Etats 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (AS 2011 4497)

Texte de l'acte législatif 1 (RO 2011 4497)

Text des Erlasses 1 (Berichtigung, Art. 58 Abs. 2 ParlG) (AS 2011 4565)

Texte de l'acte législatif 1 (Errata, art. 58 al. 2 LParl) (RO 2011 4565)

Text des Erlasses 2 (BBl 2011 7511)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2011 6921)

1. Bundesgesetz über Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

1. Loi fédérale sur les mesures visant à atténuer les effets du franc fort et à améliorer la compétitivité

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.048/6500)

Für Annahme des Entwurfes ... 125 Stimmen

Dagegen ... 61 Stimmen